

## Synopse: LkSG & CSDDD

	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ( <a href="#">Link</a> )	EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )
Anwendungsbereich	<p><b>§ 1</b></p> <p><b>Ab 01.01.2023</b> Unternehmen mit Haupt- oder Zweigniederlassung in Deutschland mit i.d.R. mind. 3.000 Beschäftigten</p> <p><b>Ab 01.01.2024</b> Unternehmen mit Haupt- oder Zweigniederlassung in Deutschland mit i.d.R. mind. 1.000 Beschäftigten</p>	<p><b>Artikel 2 und Artikel 37</b></p> <p><b>Ab 26.07.2027</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU gegründete Unternehmen oder Muttergesellschaften mit mind. 5.000 Beschäftigten und mind. 1.500 Mio. Euro weltweiten Nettojahresumsatz</li> <li>• In Drittstaaten gegründete Unternehmen mit mind. 1.500 Mio. Euro Nettojahresumsatz in der EU</li> </ul> <p><b>Ab 26.07.2028</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU gegründete Unternehmen oder Muttergesellschaften mit mind. 3.000 Beschäftigten und mind. 900 Mio. Euro weltweitem Nettojahresumsatz</li> <li>• In Drittstaaten gegründete Unternehmen mit mind. 900 Mio. Euro Nettojahresumsatz in der EU</li> </ul> <p><b>Ab 26.07.2029</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU gegründete Unternehmen oder Muttergesellschaften mit mind. 1.000 Beschäftigten und mind. 450 Mio. Euro weltweiten Nettojahresumsatz</li> <li>• In Drittstaaten gegründete Unternehmen mit mind. 450 Mio. Euro Nettojahresumsatz in der EU</li> </ul>

<p><b>Definition von Lieferkette / Aktivitätskette</b></p>	<p><b>§ 2 Abs. 5</b></p> <p><i>„Die Lieferkette im Sinne dieses Gesetzes bezieht sich auf alle Produkte und Dienstleistungen eines Unternehmens. Sie umfasst alle Schritte im In- und Ausland, die zur Herstellung der Produkte und zur Erbringung der Dienstleistungen erforderlich sind, angefangen von der Gewinnung der Rohstoffe bis zu der Lieferung an den Endkunden und erfasst</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><i>1. das Handeln eines Unternehmens im eigenen Geschäftsbereich,</i></li> <li><i>2. das Handeln eines unmittelbaren Zulieferers und</i></li> <li><i>3. das Handeln eines mittelbaren Zulieferers.“</i></li> </ol>	<p><b>Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe g</b></p> <p>Definition von Aktivitätskette</p> <p><i>i) „Tätigkeiten der vorgelagerten Geschäftspartner eines Unternehmens im Zusammenhang mit der Produktion von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen durch dieses Unternehmen, einschließlich der Entwicklung, Gewinnung, Beschaffung, Herstellung, Beförderung, Lagerung und Lieferung von Rohstoffen, Produkten oder Teilen von Produkten und der Entwicklung des Produkts oder der Dienstleistung, und</i></p> <p><i>ii) die Tätigkeiten der nachgelagerten Geschäftspartner eines Unternehmens im Zusammenhang mit dem Vertrieb, der Beförderung und der Lagerung eines Produkts dieses Unternehmens, sofern die Geschäftspartner diese Tätigkeiten für das Unternehmen oder im Namen des Unternehmens ausüben; davon ausgenommen ist der Vertrieb, die Beförderung, die Lagerung des Produkts, das Ausfuhrkontrollen gemäß der Verordnung (EU) 2021/821 oder Ausfuhrkontrollen in Bezug auf Waffen, Munition oder Kriegsmaterial unterliegt, sobald die Ausfuhr des Produkts genehmigt wurde.“</i></p>
--	---	---

<p><b>Tiefe der Sorgfaltspflichten</b></p>	<p><b>§ 5-7</b> Die unter das Gesetz fallenden Unternehmen sind zu einer angemessenen Risikoanalyse (§5), Präventionsmaßnahmen (§6) und Abhilfemaßnahmen (§7) im eigenen Geschäftsbereich und bei ihren <b>unmittelbaren Zulieferern</b> verpflichtet</p> <p><b>§ 9 Abs. 3</b> „Liegen einem Unternehmen tatsächliche Anhaltspunkte vor, die eine Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder einer umweltbezogenen Pflicht bei <b>mittelbaren Zulieferern</b> möglich erscheinen lassen (<b>substantiierte Kenntnis</b>)“, muss das Unternehmen auch für mittelbare Zulieferer eine Risikoanalyse erstellen, angemessene Präventionsmaßnahmen ergreifen und ein Konzept zur Verhinderung, Minimierung oder Beendigung erstellen,</p>	<p><b>Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe f</b> Definition von Geschäftspartner</p> <p>„i) mit der das Unternehmen eine Geschäftsvereinbarung über die Tätigkeiten, Produkte oder Dienstleistungen des Unternehmens geschlossen hat oder für die das Unternehmen im Einklang mit Buchstabe g Dienstleistungen erbringt („<b>direkter Geschäftspartner</b>“), oder</p> <p>ii) die kein direkter Geschäftspartner ist, die jedoch mit den Tätigkeiten, Produkten oder Dienstleistungen des Unternehmens zusammenhängende Geschäftstätigkeiten ausübt („<b>indirekter Geschäftspartner</b>“)“</p> <p>Die Sorgfaltspflichten gelten für die eigene Geschäftstätigkeit und die ihrer Tochterunternehmen sowie für <b>alle direkten und indirekten, vor- und nachgelagerten Geschäftspartner in der Aktivitätskette</b> nach Art. 3 Abs. 1 UAbs. g</p>
--	---	---

<p><b>Risikobasierter Ansatz / Priorisierung</b></p>	<p><b>§ 5 Abs. 1 und 2</b></p> <p>„(1) Im Rahmen des Risikomanagements hat das Unternehmen eine angemessene Risikoanalyse nach den Absätzen 2 bis 4 durchzuführen, um die menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken im eigenen Geschäftsbereich sowie bei seinen unmittelbaren Zulieferern zu ermitteln. (...)“</p> <p>(2) Die ermittelten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken sind angemessen zu gewichten und zu priorisieren. Dabei sind insbesondere die in § 3 Absatz 2 genannten Kriterien maßgeblich.“</p> <p><b>§ 3 Abs. 2</b></p> <p>„(2) Die angemessene Weise eines Handelns, das den Sorgfaltspflichten genügt, bestimmt sich nach</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Art und Umfang der Geschäftstätigkeit des Unternehmens,</li> <li>2. dem Einflussvermögen des Unternehmens auf den unmittelbaren Verursacher eines menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risikos oder der Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder einer umweltbezogenen Pflicht,</li> <li>3. der typischerweise zu erwartenden Schwere der Verletzung, der Umkehrbarkeit der Verletzung und der Wahrscheinlichkeit der Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder einer umweltbezogenen Pflicht</li> </ol> <p>sowie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>4. nach der Art des Verursachungsbeitrages des Unternehmens zu dem menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiko oder zu der Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder einer umweltbezogenen Pflicht“</li> </ol>	<p><b>Erwägungsgrund 41</b></p> <p>„(...) Bei der Ermittlung und Bewertung der negativen Auswirkungen sollten Unternehmen auf der Grundlage einer allgemeinen Bewertung mögliche relevante Risikofaktoren berücksichtigen, darunter Risikofaktoren auf Unternehmensebene — etwa ob es sich bei dem Geschäftspartner um ein Unternehmen handelt, das nicht unter die vorliegende Richtlinie fällt —, Risikofaktoren der Geschäftstätigkeiten, geografische und kontextbezogene Risikofaktoren — wie das Niveau der Strafverfolgung in Bezug auf die Art der negativen Auswirkungen —, Risikofaktoren der Produkte und Dienstleistungen sowie branchenspezifische Risikofaktoren. (...) Zur Verringerung der Belastung kleinerer Unternehmen aufgrund von Informationsersuchen sollten Unternehmen, wenn Informationen, die für die Ermittlung negativer Auswirkungen erforderlich sind, von Geschäftspartnern auf verschiedenen Ebenen der Aktivitätsketten eingeholt werden können, Zurückhaltung gegenüber Geschäftspartnern üben, die selbst keine Risiken für negative Auswirkungen bergen, und eine direkte Kontaktaufnahme vorziehen, sofern angemessen, um detailliertere Informationen von den Geschäftspartnern auf Ebenen der Aktivitätsketten zu erhalten, auf denen auf der Grundlage der Erfassung tatsächliche oder mögliche negative Auswirkungen am wahrscheinlichsten auftreten werden. (...)“</p> <p><b>Artikel 7 Abs. 1</b></p> <p>„(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Unternehmen die Sorgfaltspflicht in alle einschlägigen Bereiche ihrer Unternehmenspolitik und Risikomanagementsysteme einbeziehen und über eine Strategie zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht verfügen, mit der eine risikobasierte Sorgfaltspflicht sichergestellt wird.“</p>
--	---	--

		<p><b>Artikel 9</b></p> <p><i>„(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Unternehmen bei der Erfüllung der in Artikel 10 oder 11 festgelegten Verpflichtungen den gemäß Artikel 8 ermittelten negativen Auswirkungen Priorität einräumen, wenn es nicht möglich ist, alle ermittelten negativen Auswirkungen gleichzeitig in vollem Umfang zu verhindern, zu mindern, abzustellen oder zu minimieren.</i></p> <p><i>(2) Die in Absatz 1 genannte Priorisierung erfolgt auf der Grundlage ihrer Schwere und Wahrscheinlichkeit.</i></p> <p><i>(3) Sobald die schwerwiegendsten und wahrscheinlichsten negativen Auswirkungen gemäß den Artikeln 10 und 11 innerhalb einer angemessenen Frist angegangen wurden, muss das Unternehmen die weniger schwerwiegenden und weniger wahrscheinlichen negativen Auswirkungen angehen.“</i></p>
--	--	--

<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);"><b>Zivilrechtliche Haftung</b></p>	<p><b>§ 3 Abs. 3</b></p> <p>„(3) Eine Verletzung der Pflichten aus diesem Gesetz begründet keine zivilrechtliche Haftung. Eine unabhängig von diesem Gesetz begründete zivilrechtliche Haftung bleibt unberührt.“</p>	<p><b>Art. 29 Abs. 1 und 4-7</b></p> <p>„(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Unternehmen für Schaden haftbar gemacht werden kann, der einer natürlichen oder juristischen Person entstanden ist, sofern</p> <p>a) das Unternehmen es vorsätzlich oder fahrlässig versäumt hat, den Pflichten gemäß den Artikeln 10 und 11 nachzukommen, wenn die im Anhang aufgeführten Rechte, Verbote oder Pflichten dem Schutz der natürlichen oder juristischen Person dienen, und</p> <p>b) durch das Versäumnis nach Buchstabe a die nach nationalem Recht geschützten rechtlichen Interessen der natürlichen oder juristischen Person beschädigt wurden.</p> <p>Ein Unternehmen kann nicht haftbar gemacht werden, wenn der Schaden nur von seinen Geschäftspartnern in seiner Aktivitätskette verursacht wurde.</p> <p>(...)</p> <p>(4) Unternehmen, die an Industrie- oder Multi-Stakeholder-Initiativen teilgenommen haben oder die unabhängige Überprüfung durch Dritte oder Vertragsklauseln in Anspruch nehmen, um die Erfüllung der Sorgfaltspflichten zu unterstützen, können dennoch gemäß diesem Artikel haftbar gemacht werden.</p> <p>(5) Die zivilrechtliche Haftung eines Unternehmens aus dieser Bestimmung berührt nicht die zivilrechtliche Haftung ihrer Tochterunternehmen oder direkter indirekter Geschäftspartner in der Aktivitätskette des Unternehmens.</p> <p>Wurde der Schaden von dem Unternehmen und seinem Tochterunternehmen oder direkten oder indirekten Geschäftspartner gemeinsam verursacht, so haften sie gesamtschuldnerisch, unbeschadet der nationalen Rechtsvorschriften über die Voraussetzungen für eine gesamtschuldnerische Haftung und über Regressansprüche.</p>
---	---	---

		<p><i>(6) Die zivilrechtliche Haftung nach dieser Richtlinie schränkt die Haftung der Unternehmen gemäß den nationalen Rechtssystemen oder denen der Union nicht ein und lässt Vorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten über die zivilrechtliche Haftung im Zusammenhang mit negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte oder die Umwelt unberührt, in denen für Situationen, die nicht unter diese Richtlinie fallen, eine Haftung oder eine strengere Haftung als in der vorliegenden Richtlinie vorgesehen ist.</i></p> <p><i>(7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung dieses Artikels zwingend Anwendung finden und Vorrang haben in Fällen, in denen das auf entsprechende Ansprüche anzuwendende Recht nicht das nationale Recht eines Mitgliedstaats ist.“</i></p>
Klagemöglichkeiten von Gewerkschaften oder NGOs	<p><b>§ 11</b></p> <p>„(1) Wer geltend macht, in einer überragend wichtigen geschützten Rechtsposition aus § 2 Absatz 1 verletzt zu sein, kann zur gerichtlichen Geltendmachung seiner Rechte einer inländischen Gewerkschaft oder Nichtregierungsorganisation die Ermächtigung zur Prozessführung erteilen.</p> <p>(2) Eine Gewerkschaft oder Nichtregierungsorganisation kann nach Absatz 1 nur ermächtigt werden, wenn sie eine auf Dauer angelegte eigene Präsenz unterhält und sich nach ihrer Satzung nicht gewerbsmäßig und nicht nur vorübergehend dafür einsetzt, die Menschenrechte oder entsprechende Rechte im nationalen Recht eines Staates zu realisieren.“</p>	<p><b>Artikel 29 Abs. 3 Buchstabe d</b></p> <p>„d) unbeschadet der nationalen Zivilverfahrensordnungen werden angemessene Bedingungen vorgesehen, unter denen ein mutmaßlich Geschädigter eine Gewerkschaft, eine nichtstaatliche Menschenrechts- oder Umweltorganisation oder eine sonstige Nichtregierungsorganisation und — im Einklang mit dem nationalen Recht — nationale Menschenrechtsinstitutionen mit Sitz in einem Mitgliedstaat ermächtigen kann, Klagen zur Durchsetzung der Rechte des mutmaßlich Geschädigten zu erheben;</p> <p>eine Gewerkschaft oder nichtstaatliche Organisation kann nach Unterabsatz 1 ermächtigt werden, wenn diese den Anforderungen des nationalen Rechts genügt; zu diesen Anforderungen kann gehören, dass eine eigene ständige Vertretung aufrechterhalten wird und die Gewerkschaft oder nichtstaatliche Organisation im Einklang mit ihrer Satzung nicht kommerziell und nicht nur vorübergehend an der Durchsetzung der durch diese Richtlinie geschützten Rechte oder der entsprechenden Rechte im nationalen Recht beteiligt ist;“</p>



<p><b>Berichtspflichten</b></p>	<p><b>§ 10</b></p> <p>„(1) Die Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach § 3 ist <b>unternehmensintern fortlaufend zu dokumentieren</b>. Die Dokumentation ist ab ihrer Erstellung mindestens sieben Jahre lang aufzubewahren.</p> <p>(2) Das Unternehmen hat <b>jährlich einen Bericht</b> über die Erfüllung seiner Sorgfaltspflichten im vergangenen Geschäftsjahr zu erstellen und spätestens vier Monate nach dem Schluss des Geschäftsjahrs auf der Internetseite des Unternehmens <b>für einen Zeitraum von sieben Jahren kostenfrei öffentlich zugänglich zu machen</b>. In dem Bericht ist nachvollziehbar mindestens darzulegen,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ob und falls ja, welche menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken oder Verletzungen einer menschenrechtsbezogenen oder umweltbezogenen Pflicht das Unternehmen identifiziert hat,</li> <li>2. was das Unternehmen, unter Bezugnahme auf die in den §§ 4 bis 9 beschriebenen Maßnahmen, zur Erfüllung seiner Sorgfaltspflichten unternommen hat; dazu zählen auch die Elemente der Grundsatzerklärung gemäß § 6 Absatz 2, sowie die Maßnahmen, die das Unternehmen aufgrund von Beschwerden nach § 8 oder nach § 9 Absatz 1 getroffen hat,</li> <li>3. wie das Unternehmen die Auswirkungen und die Wirksamkeit der Maßnahmen bewertet und</li> <li>4. welche Schlussfolgerungen es aus der Bewertung für zukünftige Maßnahmen zieht.“</li> </ol> <p>Zur Vermeidung doppelter bzw. gleichgelagerter Berichtspflichten wurde im Rahmen der deutschen Umsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie (CSRD) die Berichtspflicht nach § 10 Abs. 2 von der Bundesregierung zunächst bis zum 31.12.2024 ausgesetzt und in § 10 Abs.5 und 6 der LkSG-Entwurfssfassung („LkSG-E“) für die unter die CSRD</p>	<p><b>Artikel 16</b></p> <p>Absatz 2</p> <p>Unternehmen, die unter die revidierte Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie (EU) 2022/2464 fallen, müssen nach CSDDD <u>nicht</u> zusätzlich berichten</p> <p>Absatz 1</p> <p>Unternehmen, die nicht unter die Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie fallen, veröffentlichen auf ihrer Website jährlich eine Erklärung zu den unter die CSDDD fallenden Angelegenheiten</p> <p>Absatz 3</p> <p>Die Kommission nimmt bis zum 31. März 2027 delegierte Rechtsakte an, in denen die Kriterien für die Erklärung festgelegt werden</p>
---------------------------------	---	--



	fallenden Unternehmen, die ihren Lagebericht um einen Nachhaltigkeitsbericht erweitern, eine Ersetzungsbefugnis geregelt. Diese können sollen dann den Nachhaltigkeitsbericht, anstelle des LkSG-Bericht veröffentlichen und beim BAFA einreichen dürfen.	
<b>Öffentliche Beschaffung</b>	<p><b>§ 22</b></p> <p>Unternehmen, die einen rechtskräftig bestätigten Verstoß gegen das LkSG begangen haben und mit einer Strafe von mind. 175.000 Euro belegt worden, können für bis zu 3 Jahre von der Teilnahme an Vergabeverfahren für Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsaufträge ausgeschlossen werden.</p>	<p><b>Artikel 31</b></p> <p><i>„Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Einhaltung der Verpflichtungen, die sich aus den Bestimmungen des nationalen Rechts zur Umsetzung dieser Richtlinie ergeben, oder deren freiwillige Umsetzung als ein umweltrelevanter oder sozialer Aspekt gilt, den die öffentlichen Auftraggeber im Einklang mit den Richtlinien 2014/23/EU, 2014/24/EU und 2014/25/EU als Teil der Vergabekriterien für öffentliche Aufträge und Konzessionsverträge sowie als umweltrelevante oder soziale Bedingung berücksichtigen können, die die öffentlichen Auftraggeber im Einklang mit den genannten Richtlinien in Bezug auf die Ausführung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionsverträgen festlegen können.“</i></p>

<p><b>Sanktionen</b></p>	<p><b>§ 24</b></p> <p>Absatz 2 Ordnungswidrigkeiten können mit Geldbußen bis zu 800.000 Euro geahndet werden</p> <p>Absatz 3 Bei juristischen Personen mit einem durchschnittlichen weltweiten Jahresumsatz von mind. 400 Mio. Euro kann die Geldbuße bis zu 2 Prozent des durchschnittlichen globalen Jahresumsatzes betragen.</p> <p>Darüber hinaus können Unternehmen nach § 22 für bis zu 3 Jahre von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen werden (s.o.).</p>	<p><b>Artikel 27</b></p> <p><i>„(4) Werden Zwangsgelder verhängt, so müssen sich diese nach dem weltweiten Nettoumsatz des Unternehmens richten. Das Höchstmaß der Zwangsgelder beläuft sich auf mindestens 5 % des weltweiten Nettoumsatzes des Unternehmens im Geschäftsjahr vor der Entscheidung über die Verhängung des Zwangsgelds.</i></p> <p><i>Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Zwangsgelder mit Hinblick auf Unternehmen nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b unter Berücksichtigung des von der obersten Muttergesellschaft gemeldeten konsolidierten Umsatzes berechnet werden.</i></p> <p><i>(5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass jegliche Beschlüsse der Aufsichtsbehörden, die Sanktionen im Zusammenhang mit Verstößen gegen die gemäß dieser Richtlinie erlassenen nationalen Rechtsvorschriften betreffen, veröffentlicht werden, mindestens fünf Jahre lang öffentlich zugänglich bleiben und dem gemäß Artikel 28 eingerichteten europäischen Netz der Aufsichtsbehörden übermittelt werden. (...)“</i></p>
--------------------------	--	--

<p><b>zu berücksichtigende Menschenrechts-Übereinkommen</b></p>	<p><b>§ 2 Absatz 2 in Verbindung mit Anlage</b></p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 29 zu Zwangs- oder Pflichtarbeit</p> <p>Protokoll zu ILO-Übereinkommen Nr. 29</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 87 zur Vereinigungsfreiheit und dem Schutz des Vereinigungsrechts</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 98 über die Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts auf Kollektivverhandlungen</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 182 zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit</p> <p>Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte</p> <p>Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte</p>	<p><b>Anhang Teil I</b></p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 29 zu Zwangs- oder Pflichtarbeit</p> <p>Protokoll zu ILO-Übereinkommen Nr. 29</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 87 zur Vereinigungsfreiheit und dem Schutz des Vereinigungsrechts</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 98 über die Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts auf Kollektivverhandlungen</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung</p> <p>ILO-Übereinkommen Nr. 182 zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit</p> <p>Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte</p> <p>Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte</p> <p>Übereinkommen über die Rechte des Kindes</p>
---	--	--

<p><b>zu berücksichtigende Umwelt-Übereinkommen und EU-Verordnungen</b></p>	<p><b>§ 2 Absatz 3 in Verbindung mit Anlage</b></p> <p>Übereinkommen von Minamata über Quecksilber</p> <p>Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe</p> <p>Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle</p>	<p><b>Anhang II</b></p> <p>Übereinkommen von Minamata über Quecksilber und <b>Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber</b></p> <p>Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe und <b>Verordnung (EU) 2019/1021 über persistente organische Schadstoffe</b></p> <p>Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und <b>Verordnung (EG) 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen</b></p> <p>Übereinkommen über die biologische Vielfalt</p> <p>Protokoll von Cartagena über die Entwicklung, Handhabung, Beförderung, Nutzung, Weitergabe und Freisetzung lebender veränderter Organismen</p> <p>Protokoll von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile</p> <p>Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES)</p> <p>Rotterdam Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel</p> <p>Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen</p> <p>Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt</p> <p>Übereinkommen von Ramsar über Feuchtgebiete, insbes. als Lebensraum für Wasser- und Wattvögel, von int. Bedeutung</p> <p>Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe</p> <p>Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen</p>
---	---	---